



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/IV/30

Hannover, 12. März 1949

Nach den Kölner Besprechungen

(sp) Die Ergebnisse der Parteivorstandssitzung in Köln liegen auf der Linie der allgemeinen Erwartungen. Schon von der Tagung hatten führende sozialdemokratische Politiker ihrer kritischen Meinung in der Bonner Frage Ausdruck gegeben, gleichzeitig war ebenso betont worden, dass die Verhandlungen zunächst mit den Verbindungsoffizieren der Besatzungsmächte über Einzelheiten der Meinungsverschiedenheiten weitergingen. Es ist nun anzunehmen, dass die Generale sehr bald wieder in die Diskussion eingreifen werden.

Eine Betrachtung zum heutigen Stand der Dinge kann nicht die Feststellung übersehen, dass offenbar von den Militärregierungen leider sehr stark auch in diesem Falle wieder unter dem Gesichtspunkt operiert worden ist, wie das interne Verhältnis zwischen den Alliierten möglichst ungelöst bleiben könne. Die eigentlichen deutschen Interessen, um die es aber in der Sache geht, rangieren erst an zweiter Stelle, eine Beobachtung, die man schon beim Führerstatutmachen konnte. Es ist auch sehr erstaunlich gewesen, dass bis zu der bevorstehenden Reise des Fünferausschusses und des Präsidenten Adenauer nach Frankfurt nie ein Offizier der Alliierten den Bonner Entwurf, soweit er vorlag, in der später beanstandeten Richtung kritisiert hat, obwohl die Alliierten in ungezählten anderen Fällen sich durchaus nicht gescheut haben, sehr frühzeitig eigene Bedenken geltend zu machen.

Hinsichtlich der materiellen Seite der Angelegenheit ergibt sich die Feststellung, dass nach den Vorschlägen der Militärregierungen aus der Vorranggesetzgebung des Bundes eine solche der Länder entstehen würde. Es ist nun von deutscher Seite eine Reihe von Punkten formuliert worden, die wenigstens in der Fassung den alliierten Vorstellungen entgegenkam, wenn auch im Prinzip und in allen wesentlichen Punkten die deutschen Politiker nicht von ihren Einstellungen abgehen wollten, wollen sie nicht riskieren, mit der ganzen Arbeit am Bonner Grundgesetz von vorne anfangen zu müssen.

Nach sozialdemokratischer Auffassung wird man in keinem Fall bei der Arbeit an dem Ausgleich zwischen den alliierten und den deutschen Auffassungen die Forderung übersehen, dass jede Neuregelung davon ausgehen hat, dem künftigen Bund eine

12. März 1949

wirkliche und gute Arbeitsschance zu geben. Die politische und ökonomische Angleichung Deutschlands an ein künftiges europäisches System hat nur Sinn, wenn Deutschland selbst gesund und lebensfähig ist. Das ist keine Frage irgendeines parteipolitischen Prestiges, sondern einfacher Vernunft. Der Vorstand der SPD hat sich noch einmal dahin entschieden, dass das Besatzungsstatut vor dem Vorliegen des Entwurfes in seiner dritten Lesung den Mitgliedern des Parlamentarischen Rates bekannt sein sollte. Sehr kräftig kam immer wieder die Ansicht zum Tragen, dass die Verbindung zwischen Berlin und Westdeutschland unter allen Umständen so fest wie irgendmöglich geknüpft und erhalten bleiben müsse.

Unter diesen Umständen hat man auch besonders den Beschluss der Militärgouverneure bedauert, die Vertretung Berlins zunächst zu suspendieren. Es soll alles versucht werden, hier doch noch den deutschen Standpunkt durchzusetzen, zumindest aber muss der Berliner Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden, ihre Vertreter unter den gleichen Bedingungen zu wählen, wie die anderen Länder, auch wenn nach Ansicht der Militärregierungen diese Berliner Vertreter zunächst noch nicht vollberechtigte Teilnehmer des künftigen Bundesparlamentes sein könnten.

Die Dinge um Bonn haben sich jetzt soweit entwickelt, dass man einer schliesslichen Entschliessung nicht mehr wird ausweichen können. Worte wie unabdingbar und untragbar sind allzu oft angewandt worden, als dass sie durch Wiederholung an Wert gewinnen könnten. Aber sowohl die ausländischen wie die inländischen Verhandlungspartner der SPD sollten sich klar darüber sein, dass die SPD von gewissen Notwendigkeiten eines künftigen westdeutschen Bundesstaates nicht abweichen kann, wenn sie nicht ihrer ganzen bisherigen Politik und ihren traditionellen Grundauffassungen widersprechen will. (the/123/2/ef)

Ausserordentliches Interesse für die Tagung

(Eigenbericht) Köln, 12. März

Der Sitzung des Parteivorstandes der SPD am 11. und 12. März in Köln wurde von der politisch interessierten Öffentlichkeit ausserordentlich reges Interesse entgegengebracht, das sich auf die Frage konzentrierte, wie sich die SPD zu den Abänderungsvorschlägen der Besatzungsmächte zum Bonner Grundgesetzentwurf verhalten werde. Zu der Kölner Tagung des Vorstandes waren auch die Ministerpräsidenten mit Ausnahme des verhinderten hessischen Ministerpräsidenten erschienen, soweit sie der SPD angehören, und eine Reihe von sozialdemokratischen Landesministern, sowie schliesslich führende Mitglieder der Bonner Fraktion.

Aus Berlin waren Oberbürgermeister Ernst Reuter, Franz Neumann und Willig Brandt erschienen. Fast der ganze Freitag war dem ersten Punkt der Tagesordnung, eben der Bonner Frage, gewidmet. Sehr eingehend referierte zunächst Carlo Schmid über die Entwicklung der Bonner Verhandlungen in der Zeitspanne zwischen der Iserlohrer Tagung und dem heutigen Stand, sowie über technische Einzelheiten der alliierten Abänderungswünsche, die sich, was die wesentlichen Punkte anlangt, fast ausschließlich um die Finanzhoheit des Bundes bzw. der Länder bewegte. Die Diskussion, die sich anschloß, war sehr lebhaft. Das Memorandum wurde einmütig abgelehnt, wenn auch die Schärfe dieser Ablehnung unterschiedlich war.

Über die Berliner Situation berichtete sehr eingehend Oberbürgermeister Reuter, unterstützt von seinen Freunden. Das stärkste Interesse fanden seine Mitteilungen, daß schon in naher Zukunft mit der Einführung der einheitlichen Westwährung in den Westsektoren Berlins zu rechnen sei und man habe außerdem die unbedingte Sicherheit, daß sich die tägliche Leistung der Lufttransporte auf achttausend Tonnen steigern werde. Die Anfangsleistung betrug ungefähr siebenhundert Tonnen. Am Freitagabend hatte der Oberbürgermeister der Stadt Köln, das Vorstandsmitglied Robert Görlinger, die Gäste zu einem kleinen Empfang im dem Hotel am Zoo eingeladen.

Die Tagung des Außenpolitischen Ausschusses

Am 10. März 1949 tagte in Köln unter der Leitung von Erich Ollenhauer der Außenpolitische Ausschuss der SPD. An der Sitzung nahmen u.a. teil: Max Brauer, Hermann Brill, Fritz Heine, Paul Loebe, Wilhelm Kaiser, Herbert Friedemann, Adolf Ludwig, Carlo Schmid, Erwin Schöttle und Otto Suhr. Über die Brüsseler Europa-Konferenz erstatteten Brauer, Suhr und Ludwig Bericht, an der sich eine Diskussion anschloß, die auch die Stellungnahme der Partei zu den Deutschen Europa-Organisationen betraf.

Die SPD stellt sich positiv zu der Frage eines vereinigten Europas und begegnet allen Bestrebungen, die auf ein einheitliches Europa hinzielen, mit Sympathie. Sie tritt für eine Förderung der internationalen Zusammenarbeit ein, die sie vor allem im Zeichen der internationalen Arbeiterbewegung vorwärts getrieben sehen will. Der zweite Punkt galt Richtlinien und Vorschlägen zu Außenhandelsproblemen und der Organisation der Außenhandelsstellen. Die von der Abteilung Außenhandel in Frankfurt/Main verfolgten Pläne werden von der SPD für unzweckmäßig gehalten und infolgedessen bekämpft.

Das parteiantliche Kommuniqué

(sp) Köln, 12. März 1949 - Im Mittelpunkt der Beratungen des Vorstandes der SPD in Köln am 11. und 12. März 1949 stand die Frage der sozialdemokratischen Stellungnahme zu dem Memorandum der Militärregierungen über den Entwurf des Parlamentarischen Rates zum Bonner Grundgesetz. Carlo Schmid und Walter Menzel gaben einen ausführlichen Bericht zu der Entwicklung in dieser Frage seit der Sitzung des Parteivorstandes in Iserlohn und über den letzten Stand der Fühlungnahme mit den Vertretern der westlichen Besatzungsmächte. Der Parteivorstand bestätigte nochmals seine bisherigen Beschlüsse. Danach hält die SPD an der in Bonn beschlossenen Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen dem künftigen Bund und den Ländern auf dem Gebiete der Gesetzgebung fest und ebenso an ihrer Auffassung von der Notwendigkeit einer eigenen Finanzverwaltung, die auch nicht durch andere Einrichtungen ersetzt werden kann.

Die SPD ist unverändert der Auffassung, dass der künftige Bund so gestellt sein muss, dass er lebens- und aktionsfähig ist. Andernfalls erscheint jeder Versuch, zu einer provisorischen westdeutschen politischen Organisation zu kommen, illusorisch.

Eine abschliessende Stellungnahme der SPD zu diesem ganzen Fragenkomplex wird sich erst ermöglichen lassen, wenn die Besprechungen über die Modifizierung des Memorandums der Besatzungsmächte beendet sind.

Es ist wahrscheinlich, dass schon in kurzer Zeit eine neue Sitzung des Parteivorstandes erforderlich sein wird, vermutlich am 27. und 28. März. In der Frage der sozialdemokratischen Haltung zu den europäischen Einigungsbestrebungen bestätigte der Parteivorstand die Beschlüsse des Aussenpolitischen Ausschusses vom 10. März 1949, die festlegten, dass die SPD die Bemühungen um eine Förderung des Gedankens der europäischen Zusammenarbeit unterstützt. Die SPD legt dabei besonderen Wert auf ein wirksames Zusammenspiel der internationalen Arbeiterbewegung.

Über die Lage in Berlin berichtete ausführlich der Berliner Oberbürgermeister Ernst Reuter. Als der wichtigste Punkt auf diesem Gebiet ist nach seiner und seiner Freunde Ansicht die Einführung der Westmark für die westlichen Sektoren in Berlin anzusehen, mit der in naher Zukunft zu rechnen sei. Reuter gab der bestimmter Erwartung Ausdruck, dass sich in absehbarer Zeit die tägliche Leistung der Luftbrücke nach Berlin auf rund 8000 t steigern werde.

Der Parteivorstand trat noch einmal einmütig und nachdrücklich für die Aufnahme Berlins als 12. Land in die kommende westdeutsche Konzeption und dafür ein, dass die Berliner Vertreter für die künftige westdeutsche Volksvertretung nach demselben Wahlsystem gewählt werden sollen, das für Westdeutschland selbst bestimmt werden wird.

Neue Kriegsgefangenen-Anfrage der SPD

sp. Auf der Tagung in Köln wurde zur Kriegsgefangenenfrage folgende Entschliessung gefasst:

"Seit dem 15. Januar 1949 sind keine Entlassungstransporte von Kriegsgefangenen aus Sowjetrußland in Deutschland eingetroffen. Alle Versprechungen der Sowjetunion, die Kriegsgefangenen in erhöhter Zahl, man sprach von 30 000 monatlich, heimzusenden, sind nicht eingelöst worden.

Zuverlässige Informationen besagen, daß viele Kriegsgefangene die Hoffnung auf ihre Entlassung aufgegeben haben und von einem längeren Abschiebesatz sprechen. Gleiche Nachrichten kommen aus Polen, Jugoslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien. Auch hier werden immer noch Kriegsgefangene festgehalten, obwohl nach den Versprechungen dieser Länder die Kriegsgefangenen rastlos heimgeführt worden sein sollen. In Sowjetrußland und Polen werden noch heute Frauen und Zivilinternierte in Gefangenenlagern festgehalten. Verhaftete Jugendliche aus den von Sowjettruppen besetzten Gebieten werden noch immer gesucht.

Die SPD richtet an die Regierungen Amerikas, Großbritanniens und Frankreichs die dringende Bitte, alles Mögliche für die endliche Befreiung dieser als Zwangsarbeiter festgehaltenen Menschen zu tun. Die SPD fordert alle Angehörigen auf, die Namen, Personalangaben und Umstände von solchen Familienangehörigen zu melden, die

1. eine Nachricht aus ihrer Kriegsgefangenschaft gaben,
2. von ihrem Aufenthalt in Kriegsgefangenschaft durch Heimkehrer berichtet wurde,
3. die durch Sowjettruppen, Sowjetdienststellen oder durch deutsche Organe in Auftrag der sowjetischen Besatzungsmacht vor und nach der Kapitulation verhaftet wurden und bisher nicht aus ihrer Gefangenschaft zurückgekehrt sind.

Alle Mitteilungen werden an die Kriegsgefangenenhilfe der SPD in Hannover, Leonstr. 15/16 oder an die Bezirkssekretariate der SPD in der britischen, amerikanischen und französischen Zone sowie in Berlin erbeten.

Die SPD fordert alle Länderparlamente auf, unter der jetzt eingetretenen Umstände die Angehörigen noch in Kriegsgefangenschaft verbliebener ehemaliger Wehrmachtangehöriger in Unterstützungsfällen der Angehörigen vor Vermissen gleichzustellen bis zu dem Tage, an welcher die Rückkehr der Kriegsgefangenen erfolgt".

Die Kontroverse Schweden - Rußland

K.V. Stockholm, im März

Wie wenig Schweden Ursache hat, sich seiner selbstgewählten Neutralität sicher zu fühlen, beweist die "Verfolgung" russischer Staatsbürger durch die schwedische Polizei. Die schwedische Polizei hinderte mit Gewalt, so heißt es in der Note, russische Staatsbürger, in ihr Vaterland zurückzukehren. Die scharfe russische Note zählt drei Beispiele auf und fordert die Einstellung der "Verfolgungen" sowie die sofortige Freilassung des wegen Spionage verhafteten Estländers Suurväli.

Die schwedische Regierung hat sofort und klar geantwortet. Im ersten Falle bestanden die "Verfolgungen" darin, daß ein Lettländer, der sich als Flüchtling ausgegeben hatte und ohne Erlaubnis kreuz und quer durch Schweden gereist war, um seine Landsleute in Auftrag der Sowjetunion zu bespitzeln, von der Polizei nach dem Zweck dieser Reisen gefragt wurde. Dieser Lette würde nicht daran gehindert, nach der Sowjetunion zu reisen. Er tat dies und berichtete dort, daß viele Balten sich nach der Rückkehr nach der Sowjetunion sehnen, von der schwedischen Polizei jedoch durch Anwendung brutaler Methoden daran gehindert werden. Seine Erzählungen, im Radio Riga durch kontrollierbare Lügen über Schweden ergänzt, dienten der Sowjetregierung als Grundlage für die Protestnote. Im zweiten von der Note behandelten Fall ging es um einen Estländer, der wegen notorischen Alkoholmißbrauchs und Gewalttätigkeit gegen die Ehefrau in einer Anstalt unter Beobachtung gehalten werden mußte, nach der Entlassung aus dem Irrenhaus jedoch nach der Sowjetunion zurückkehrte. Der dritte Fall ist jener des Spions Suurväli. Dieser ist bereits verhaftet und das Verfahren gegen ihn nimmt trotz der russischen Einmischung seinen Gang.

Die Wahrheit ist, daß noch immer mehr Balten nach Schweden kommen, als von Schweden nach dem russischen "Vaterland" reisen. Mißvergnügt hat die russische Repatriierungskommission in Schweden feststellen müssen, daß die meisten Balten von Schweden nach Amerika auswandern wollen, ein Vorgang, der auch in anderen europäischen Ländern nicht neu ist. Nach den schwedischen Gesetzen tragen auch die Balten die Bezeichnung russische Staatsbürger. Hoffentlich wird die entschiedene Antwort der schwedischen Regierung auf die anmaßende russische Note noch dadurch ergänzt werden, daß die baltischen Flüchtlinge in Schweden von dieser unverdienten Bezeichnung befreit werden. Schweden scheint mit dieser Note in die Front des kalten Krieges einbezogen worden zu sein. Es wird natürlich auch in Zukunft Spione und Geisteskranke nach seinen eigenen Gesetzen behandeln. Behandlung und Gesetze vertragen jeden Vergleich mit der sowjet-russischen Praxis.

"Rotes Kreuz Moskau"

sp. Ein ehemaliger Kriegsgefangener schreibt uns:

Man glaubt allgemein, die Rote-Kreuz-Karte sei das sicherste Lebenszeichen eines Kriegsgefangenen. In vielen Fällen ist sie es, in ebenso vielen Fällen aber ist ihr Ausbleiben noch lange kein Zeichen für den Tod des Erwarteten. "Rotes Kreuz Moskau" steht auf der Karte, nicht etwa "Rotes Kreuz", und das ist ein gewaltiger Unterschied. Rotes Kreuz - das klingt beruhigend nach Humanität und Menschenliebe. Aber "Rotes Kreuz Moskau" ist, soweit es sich um die Kartengrüße der Kriegsgefangenen nach ihrer Heimat handelt, ein grausames Instrument in den Händen der NKWD.

Rußland hatte nie daran gedacht, den Kriegsgefangenen das Schreiben in die Heimat zu erlauben, wenn nicht folgende Gesichtspunkte für die Einführung der Roten Kreuzkarte bestimmend gewesen wären:

1. Vervollständigung der Personalkarte des Kriegsgefangenen,
2. Rückschlüsse auf politische Zuverlässigkeit der Kriegsgefangenen aus den Antworten aus der Heimat,
3. Erpressung größerer Arbeitsleistungen durch ständige Drohung des Entzuges der Roten-Kreuz-Karte,
4. Propaganda im Ausland.

Das Postamt "Rotes Kreuz Moskau" ist das Dienstzimmer der NKWD. Jedes Kriegsgefangenenlager hat ein NKWD-Dienstzimmer. Kenntnis davon haben nur die Kriegsgefangenen, die dienstlich dort zu tun hatten. Ich war Redakteur der Lagerzeitung und hatte bei der Vorlage der Manuskripte auch die Post mitzunehmen. In dieses politische Büro kam die gesamte Post des Lagers zum "Durchleuchten", wie wir es nannten. Manch ein Kamerad hat ein unbedachtes Wort, ein eigenes oder eines, das aus der Heimat kam, mit Straflager geblüht.

Es war immer ratsam, nur kurz "ich bin gesund, mir geht es gut, Gruß, Schluß" zu schreiben, als lange Mitteilungen auch harmlosester Art, die allein schon durch die Übersetzung Anlaß zu Mißverständnissen boten. Man sage nicht: es sind auch laufend lange Mitteilungen durchgekommen. Gewiß, meist aber nur infolge der Erwartung des Zensors, aus der Antwort wichtige Aufschlüsse zu erhalten.

Hat jemand bei der ersten Aufnahme in dem Personalbogen aus irgend einem Grunde etwas Falsches angegeben, so ist er gezwungen, beim ersten Schwindel zu bleiben. Entweder erhofft man sich von einer anderen Berufsangabe oder auch einer Rangerhöhung Vorteile, oder man gab ein anderes deutsches Herkunftsland an, aus Furcht, bei der Entlassung nur nach der ostdeutschen Heimat, nicht aber nach dem Westen Deutschlands zu der inzwischen nach dort geflüchteten Familie zu kommen. Man hat kaum einen Ostpreußen daran gehindert, zu seiner Familie nach Deutschland, ganz gleich welcher

Zone, zu fahren. Erfaßt man ihn aber bei falschen Angaben im Personalbogen, wird er als "verdächtig" sobald nicht fahren.

Alle diese Leute schreiben aus Vorsicht nicht und werden eines Tages wieder auftauchen. Aus der Antwort der Angehöriger könnten die falschen Angaben ersichtlich werden und das dann erwachte Mißtrauen der Russen ist tausendmal schlimmer als gleich bekannte Tatsachen.

Harmlose Formationen, den Russen zunächst unbekannt, weil belanglos, werden leicht bei der NKWD zu verdächtigen Geheimformationen, nur weil sie plötzlich durch eine unbedachte Äußerung, vielleicht aus der Heimat, zu ihrer Kenntnis gelangen.

Das Wiederträchtigste aber ist, daß die vom Schreibverbot Betroffenen selten etwas davon wissen. Das Verbot existiert nur in den Schreibstuben der NKWD, wo die Karten aus allen diesen und vielen anderen Gründen sang- und klanglos verschwinden.

Ich wiederhole: Das Ausbleiben der Roter-Kreuz-Karte ist durchaus kein schlüssiger Beweis für den Tod eines Angehörigen. Jeder, dessen Tod nicht einwandfrei erwiesen ist, kann wiederkommen.

Stachanow abgemeldet

sp. Stachanow, der Held der Arbeit, ist abgemeldet. Der Überaktivist und Prototyp des Antreibers hat ausgespielt und die Herrscher der Massenproduktion gilt nicht mehr länger als eine der größten Tugenden im „Arbeiterparadies“. An Stachanows Stelle ist ein neuer Held getreten. Er heißt Alexander Chutkikh und ist Textilarbeiter in Moskau. Chutkikhs Ideal ist die Qualität. Bisher triumphierte die Quantität. Aber das ist jetzt vorbei. In Zukunft soll alles Streben nur noch auf die Verbesserung der Qualität gerichtet sein. „Artikel minderwertiger Qualität, Fahrräder, Kinderschuhe und Möbel mit eingeschlossen, die nach einer lauten Klage der „Prawda“ der Markt zu überschweben drohen, müssen ausgeschaltet werden“. Qualitätsarbeit ist zu einer patriotischen Frage geworden und wie es ehedem Stachanow-Stoßbrigaden gab, haben sich nun bereits 2000 Jugend-Brigaden gebildet, um durch Qualitäts-Wettbewerbe den Ruf Chutkikhs über die ganze Sowjet-Union zu verbreiten. Wie lange der neue Held der Arbeit wohl leben wird?
